

Glosse Dienstschluss

## Roths Beschwerden: Philip kriegt den Füller nicht mehr hoch

KLAUS NÜCHTERN

Zuletzt lieferte er höchst verlässlich jedes Jahr ein meist eher schmales, mitunter gewichtiges, zumindest aber lesenswertes Buch ab. Nun hat er genug. Seine Protagonisten greifen zu Viagra, wenn das Stehvermögen im fortgeschrittenen Alter nachlässt, beim großen Saubartl der US-Literatur aber herrscht tote Hose – *zero libido*.

Er habe einfach keine Lust mehr, sich mit schlechten Geschichten abzugeben, verriet Philip Roth dem französischen Magazin *Les Inrockuptibles* im Interview. Einen Frührentner wird man den bald 80-Jährigen kaum nennen können. Sollte er allerdings so alt werden wie sein soeben verstorbener Landsmann, der Komponist Elliott Carter, stehen ihm noch 23 Pensionsjahre ins Haus. Gebt dem Mann also endlich den Literaturnobelpreis, er hat jetzt Zeit genug, um die 930.000 Euro auf den Schädel zu hauen.

### Impressum

Falter, Zeitschrift für Kultur und Politik. 35. Jahrgang

Aboservice:

Tel. +43-1-536 60-928

service@falter.at

Adresse: 1011 Wien, Marc-Aurel-Straße 9,

Tel. +43-1-536 60-0,

Fax +43-1-536 60-912.

Redaktionsanschrift Steiermark:

8020 Graz, Elisabethnergasse 27a/1

Herausgeber: Armin Thurnher

Medieninhaber: Falter Zeitschriften Gesellschaft m.b.H.

Chefredakteur: Florian Klenk, Armin Thurnher

Redaktion: Isabella Grossmann, Marianne Schneck

Redaktion: POLITIK und MEDIEN: Ingrid Brodnig-

Joseph Gepp, Nina Horacek, Florian Klenk (Leitung),

Benedikt Narodowski, Barbara Tóth (kar.), Wolfgang

Zwander FEUILLETON: Matthias Dusini, Wolfgang Kralicek,

Klaus Nüchtern (Leitung), Michael Omasta, Gerhard Stöger

STADTLBEN: Christopher Wurmoldner (Leitung), Birgit

Wittstock, STEIERMARK: Donja Noormofidi, Gerlinde

Pölsler, Tiz Schaffer, WOCHE: Lisa Kiss (Leitung)

Ständige Mitarbeiter: POLITIK und MEDIEN: Ruth

Eisenreich, Sibylle Hamann, Franz Kössler, Kurt Langbein,

Raimund Löw, Markus Marterbauer, Robert Misik, Thomas

Vasek FEUILLETON: Kirstin Breitenleitner, Miriam Damev,

Sebastian Fasthuber, Bettina Hagen, Maya Mckechney,

Florian Obkircher, Michael Pekler, Heinz Rögl, Robert

Rotfischer, Joachim Schätz, Nicole Scheyerer, Jan Tabor

STADTLBEN: Andrea Maria Dusi, Florian Holzer, Peter

Iwaniewicz, Nina Kaltenbrunner, Doris Knecht, Heidi List,

Werner Meisinger, Hermes Phehtberg, Johann Skocek,

Julia Kospach, Irena Rosc STEIERMARK: Hermann Götz,

Wolfgang Kühnelt, Maria Motter, Ulrich Tragatschnig

WOCHE: Michaela Pichler, Katharina Seidler

Redaktionsassistent: Tatjana Ladstätter

Fotografen: Heribert Corn, Julia Fuchs, Katharina

Gossov, Hans Hochstätter, J. J. Kucek (Steiermark),

Christian Wind Art Direction: Dirk Merbach

Produktion, Grafik, Korrektur: Falter Verlagsges.m.b.H.

GRAFIK: Raphael Moser (Leitung), Barbara Blaha, Daniel

Kar, Cornelia Gleichweit, Marion Großschädl, Reini Hackl

(car.) KORREKTUR: Wolfgang Fasching, Helmut Gutbrunner,

Monika Hasleider, Ulrike Hirhager, Wieland Neuhauser,

Patrick Sabbagh, Andrea Schmidberger, Rainer Sigi, Anna

Szyma, Maria Yazdanpanah

Geschäftsführung: Siegmund Schlager

Finanz: Michael Geringer Marketing: Lukas Winklmeier

Anzeigenleitung: Sigrid Jöhler Abwicklung: Franz

Krafnitzer, Oliver Pissnigg Abonnement: Birgit Bachinger

Datentechnik: Bernhard Mager

Vertrieb: Morawa, 1140 Wien, Hackinger Straße 42

Druck: Passauer Neue Presse Druck GmbH, 94036 Passau

Erscheinungsort: Wien, P.b.b., Verlagspostamt 1011

Wien E-Mail: wienzeit@falter.at Programm-E-Mail:

kiss@falter.at Homepage: www.falter.at

Der Falter erscheint jeden Mittwoch. Veranstaltungshinweise erfolgen kostenlos und ohne Gewähr. Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 27. DTV-Nr. 047 69 86. Alle Rechte, auch die der Übernahme von Beiträgen nach § 44 Abs. 1 und 2 Urheberrechtsgesetz, vorbehalten. Die Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist unter www.falter.at/offenlegung/falter ständig abrufbar.



Kommentar EU-Krisenpolitik

## Griechenland wird von der EU nicht unterstützt, sondern zerstört

KURT BAYER

Das griechische Parlament hat also ein weiteres, 13 Milliarden Euro schweres Sparprogramm beschlossen. Auch das Budget 2013 ist unter Dach und Fach, daher sollte der Auszahlung einer Tranche in der Höhe von 31 Milliarden des über 100 Milliarden Euro schweren Hilfspakets durch die Troika EU-Kommission, IWF und EZB nichts mehr im Wege stehen. Also alles paletti?

Mitnichten. Es ist eine humanitäre, politische und ökonomische Katastrophe, wie die internationalen Finanzinstitutionen mit dem Problem Griechenland umgegangen sind.

Dringend nötige Hilfe haben sie zu lange verzögert. Die daran gekoppelten Bedingungen mit ihrer Hauptstoßrichtung Budgetkonsolidierung haben die Wirtschaft zerstört. Nicht einmal die selbstgesteckten Ziele (Reduzierung der Schuldenquote) wurden erreicht – im Gegenteil. Griechenlands Wirtschaftsleistung ist heuer um fast ein Viertel geringer als 2009; die Arbeitslosigkeit erreicht 25 Prozent, jeder zweite Jugendliche ist ohne Job. Trotz Sparkurs steigt die Staatsschuld auf 200 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Laut Prognosen der Europäischen Kommission wird Griechenland bis zum Jahr 2014 fast 30 Prozent seiner Wirtschaftsleistung verloren haben – fast so viel wie Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion.

Natürlich tragen die Altparteien Nea Dimokratia und Pasok, die wie Feudalherren das Land ausgeblutet, seine Ressourcen vergeudet und ihre Vermögen (meist unversteuert) ins Ausland gebracht haben, einen Großteil der Schuld für den Zustand des Landes. Wir aber schauen bei der Zerstörung eines europäischen Landes zu. Seit drei Jahren taumelt Griechenland in den Abgrund.

Die durch die EU-Maßnahmen ausgelöste Deflation erzeugt nur weitere Verelendung und eine Spirale nach unten. Griechenland kann noch so viele „Reformen“ und „Liberalisierungen“ vereinbaren, noch mehr Beamte entlassen, noch mehr Mindestlöhne und Pensionen senken – das führt den Rest Griechenlands in einen nicht mehr beherrschbaren Strudel – und in die Hände der Rechtspopulisten.

Die neofaschistische Partei Goldene Morgenröte beherrscht bereits die Straßen von Athen, wo auch immer häufiger Menschen zu sehen sind, die in Abfalltonnen nach Essbarem suchen. Wie lange wollen die EU-Bürger diese verfehlte Politik noch mittragen? Die „Hilfspolitik“ von EU, EZB und IWF ist nicht nur verfehlt, sondern politisch, sozial und ökonomisch äußerst gefährlich.

Der Autor ist Exekutivdirektor der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Kommentar Korruption

## Der große Abschlussbericht des Peter Pilz: eine Würdigung

FLORIAN KLENK

Vergangene Woche haben die Grünen einen 700 Seiten starken Endbericht zum Korruptions-Untersuchungsausschuss vorgelegt. Und kein Journalist hat das Œuvre von Peter Pilz und seinem Team eingehend gewürdigt.

Das spricht nicht unbedingt für die heimische Presse, die den ambivalenten Charakterkopf Pilz gerne als „Möchtegern-Aufdecker“ abtut (hin und wieder durchaus zu Recht) oder ihn mit Stefan Petzner vergleicht.

Dabei verdient Pilz vollen Respekt. Denn was er mit seinen parlamentarischen Mitarbeitern da vorgelegt hat, ist ohne Übertreibung das Beste, was zum Thema Korruption seit langem erschienen ist.

Pilz' Team schaffte es, die diversen Affären nicht nur verständlich zusammenzufassen, er dokumentiert die Verfehlungen der blau-schwarzen Regie-

rung und der Regierungsmitglieder Werner Faymann und Nikolaus Berlakovich ohne die sonst übliche polemische Zuspitzung.

Die Grünen tun eigentlich das, was investigative Journalisten tun müssten. Sie schaffen Ordnung in all den unübersichtlichen Causen, sie verweben die Einvernahmeprotokolle, Justiz-Dossiers und Rechnungshofberichte mit den Protokollen des U-Ausschusses. Sie stellen die richtigen Fragen und geben Ideen für Reformen. Parlamentarismus im besten Sinne.

Peter Pilz mag ein Polemiker sein, wer ihm vor die Flinte läuft, hat nichts zu lachen. Sein Jargon wirkt oft befremdlich autoritär.

Er übertreibt hin und wieder und zieht so den Zorn junger, meist weiblicher Grünpolitiker auf sich. Nun aber hat er gezeigt, dass er unentbehrlich ist. Er versteht nämlich das Handwerk der politischen Kontrolle wie kein anderer.

## Der beste Präsident

### US-Wahl I: Die edelste Aufgabe von Barack Obama ist die

KOMMENTAR: CHRISTOPH HOFINGER

Noch erfreulicher als der Sieg von US-Präsident Barack Obama sind die Niederlagen, die der Wahltag des 6. November gebracht hat: die Niederlage für Mitt Romneys inhaltliche Beliebigkeit und die für die Chuzpe seines Vizes Paul Ryan, der als angebliches intellektuelles Zentrum der Republikaner keine konkreten Steuerpläne nennen konnte.

Es war eine Niederlage für die republikanischen Kandidaten, die behaupteten, Frauen können von einer Vergewaltigung nicht schwanger werden. Abtreibung sei daher in diesem Fall kein Thema.

Es war eine Niederlage für den rassistisch motivierten Teil der Wähler, die keinen Afroamerikaner an der Spitze des Staates ertragen können. Die Präsidentenwahl in den USA war aber vor allem eine Niederlage für die Kräfte in den USA, die seit Jahren das Gemeinwesen, den Staat und das Öffentliche systematisch diskreditieren.

Romney ging in der ersten TV-Debatte so weit, den öffentlich geförderten Sender PBS Kids und damit den großen gelben Sesamstraßenvogel Big Bird abschaffen zu wollen. Das war nur der Höhepunkt der Verächtlichmachung alles Öffentlichen durch die „Conservative Message Machine“.

Diese ist keine verschwörungstheoretische Fantasie, sondern ein unter anderem durch Milliardäre wie die Koch Brothers gut geöltes Werkel, das

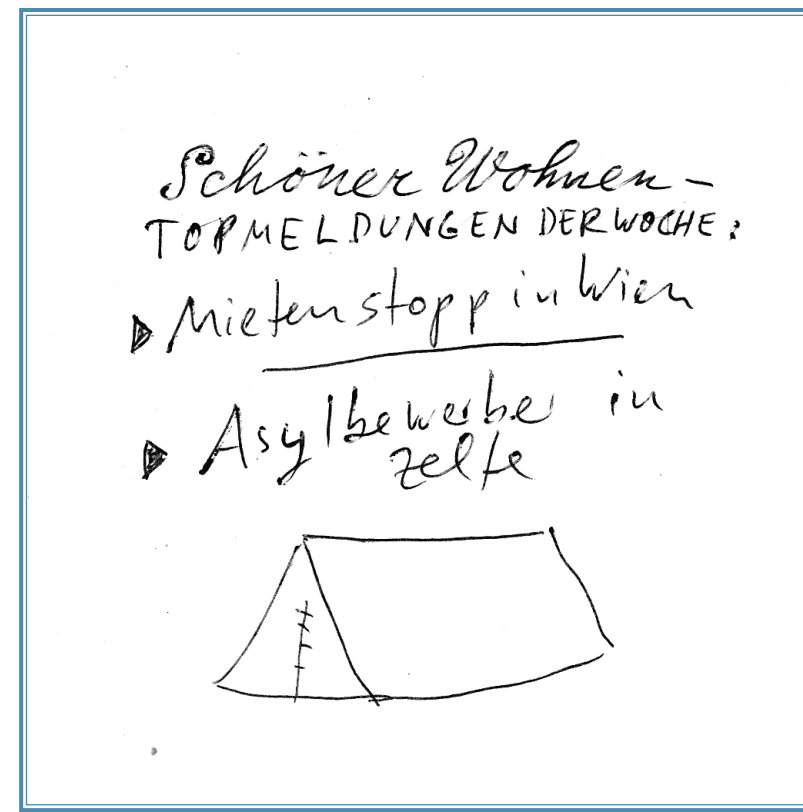
in permanenten Kampagnen – völlig unabhängig vom Wahlzyklus – Stimmung für rechtskonservative Werte macht. Nicht nur durch Talkshow-Hosts wie Rush Limbaugh, sondern auch durch unzählige Schulungen für die, die in Medien pointiert rechte Positionen beziehen sollen.

Um sich ins Denken möglichst vieler Amerikaner einzufräsen, verfolgen die Rechten in den USA stets ein ähnliches Muster: Sie positionieren sich als Verteidiger des Lebens gegen den Tod und der Freiheit gegen die Gefangenschaft. Die Republikaner haben die von der Obama-Regierung schlecht kommunizierte Gesundheitsreform daher auf diesen zwei Ebenen diskreditiert: „Death panels“ würden entscheiden, wer eine lebensrettende Maßnahme erhält und wer nicht, die Gesundheitsreform nehme den Menschen ihre Freiheit und führe in den Tod.

Bei Verteilungsfragen ist die Kernaussage der Konservativen ähnlich: Die Reichen verlören durch Steuern, die ihnen Geld wegnehmen und es Leuten geben, die sich's damit verdienen fein machen, ihre Freiheit – immer noch eines der wertvollsten Güter für die Amerikaner.

Die Demokraten sind – wie die meisten Linksparteien auf der Welt – kaum in der Lage, diesen Unsinn zu entkräften. Dazu müssten sie aufhören, sich für die Rolle als Verteidiger des Gemeinwohls zu genieren, und auf Basis ihrer Werte in die Offensive gehen. Das ist an sich keine so schwierige Übung: Wo staatliche Gelder für

Im Zeichenraum Der Cartoon zur Woche



TEX RUBINOWITZ

## für den Mittelstand

### Rehabilitation des öffentlichen Sektors

die richtigen Dinge eingesetzt werden, gewinnen die Besserverdiener die Freiheit, sich überall ohne Angst bewegen zu können, haben eine billigere medizinische Versorgung, können öffentlichen Verkehr nutzen und ihre Kinder in Kindergärten, Schulen und Unis senden, die wenig oder nichts kosten. „I love paying taxes, they buy me civilization“, ist der Leitspruch derjenigen, die das kapiert haben.

Es wird auf absehbare Zeit kaum möglich sein, die sich immer mehr einbunkernden Konservativen in Amerika davon zu überzeugen, dass öffentliche Versorgung auch den Besserverdienenden etwas bringen kann. Doch die faktenwidrige Propaganda von „Bullshit Mountain“ (wie „Daily Show“-Gastgeber Jon Stewart Fox News, den Leitsender der Konservativen, nennt) dringt nur bedingt zum Mainstream durch.

Trotz aller Polarisierungen bezeichnen sich vier von zehn Amerikanern als moderat; Bestsellerautor George Lakoff („The Political Brain“) bezeichnet die Wähler in der Mitte als „Value Shifters“, weil sie linke mit rechten Werten kombinieren.

Viele dieser Value Shifters in den USA sind bereit für eine öffentliche Hand, die Verantwortung ausübt. 60 Prozent der US-Wähler finden Steuererhöhungen okay. Auch wenn Obama nur das Auslaufen der Steuergeschenke aus der Bush-Ära und das Stopfen von Schlupflöchern gefordert hat: Er war der Erste seit langem, der mit einer expliziten Forderung nach Steuererhöhung in den Wahlkampf ging.

Auch die Gesundheitsreform hat die Chance, sich langsam im amerikanischen Mainstream zu verankern. Die Amerikaner befürworten die meisten Einzelmaßnahmen zu 60 bis 80 Prozent.

Den meisten Amerikanern ist auch klar, dass die marode Infrastruktur des Landes zur höchstentwickelten Volkswirtschaft der Welt so gut passt wie ein Commodore 64 in das Cockpit eines modernen Langstreckenflugzeugs. Und dass der Markt das Problem allein nicht lösen wird.

In Dutzenden Reden hat Obama Empathie als Grundlage menschlichen Zusammenlebens und das Gemeinwesen – und nicht den Markt allein – als Voraussetzung für das Gedeihen der Bürger bezeichnet. Clinton hat diese Haltung am Parteitag der Demokraten mit „We're in this together!“ auf den Punkt gebracht.

Der wiedergewählte Präsident hat seine Werte noch nicht in eine Vision übersetzt, deren Funken auch auf die politische Mitte überspringt.

Obama hat viele Aufgaben vor sich, aber die langfristig bedeutsamste ist es, in den USA die Rolle der öffentlichen Hand zu rehabilitieren und langfristig zu stärken. Wenn er es sich zutraut, stehen die Chancen dafür gar nicht so schlecht.

Der Autor ist Sozialforscher in Wien und Mitbegründer des Sora-Instituts



Kolumne Außenpolitik

## US-Wahl II: Mit Obama wird Amerika ein Stück europäischer

RAIMUND LÖW

Deutschland hat mit seinem Vizekanzler Philipp Rösler ein Regierungsmitglied mit Wurzeln in Vietnam. Rotterdam wird erfolgreich von Ahmed Aboutaleb geführt, einem aus Marokko eingewanderten ersten islamischen Bürgermeister der Niederlande. Österreich kann immerhin Wiens Vizebürgermeisterin Maria Vasilakou als griechische Migrantin in der Spitzenpolitik vorweisen.

Ein Präsident wie Barack Obama, Sohn eines afrikanischen Einwanderers, ist in Europa schwer vorstellbar. Amerika hat dank der Bürgerrechtsbewegung und vieler Jahre Minderheitenförderung zu einem besseren Umgang mit der multikulturellen Realität gefunden als der alte Kontinent.

US-Präsident Obama durchbrach die gläserne Decke für Minderheiten der ganzen Welt vor vier Jahren. Aber 2008 war in den USA eine Ausnahme-situation. Die verheerenden Bush-Jahre hatten zu einem übermächtigen Wunsch nach Veränderung geführt. Erst Obamas Wiederwahl verfestigt den Durchbruch zur Normalität. Rein weiße Männerklubs an der Spitze ethnisch durchmischter Staaten sind endgültig anachronistisch.

Während die Wirtschaftskrise in Europa rechte und linke Regierungschefs hinwegfegt, haben Obama Mehrheiten bei Frauen, Minderheiten und der Jugend den Erfolg gebracht. Eine Wählerkoalition, die sich auf weiße Männer stützt, wie das Mitt Romney versucht, bleibt selbst in Krisenzeiten im Hintertreffen.

Präsidentenwahlkämpfe mit ihren langen Vorwahlen, den Fernsehduellen und dem Kampf um die Swing States erscheinen typisch amerikanisch. In Wirklichkeit ist Amerika mit der Präsidentenwahl am 6. November aber europäischer geworden. Obamas wichtigstes Wahlkampfthema lautete Gerechtigkeit. Mit seinem Plädoyer für einen Staat, der den Schwachen hilft, klang er wie ein klassischer Sozialdemokrat.

Während sich die Republikaner in einem christlich-fundamentalistischen Wirrwarr über Abtreibung, „legitime“ Vergewaltigungen und Gottes Wille verhedderten, punktete Obama mit seinem Ja zur Schwulenehe. Überwältigende 62 Prozent der 18- bis 29-Jährigen stehen auf seiner Seite.

Die Tea Party, die mit Antistaatsparolen die öffentliche Debatte dominierte, ist verglüht. Den Sprung von der Wutpartei in eine mehrheitsfähige Wählerkoalition haben die rechten Fundis nicht geschafft. Ganz ähnlich wie die Rechtspopulisten von Geert Wilders in den Niederlanden bis zu den Wahren Finnen in Europa.

Doppelt verloren hat die Wall Street. Über die viele hundert Millionen schweren vom Höchstgericht erst-

mals unbegrenzt zugelassenen Political Action Committees hat die Finanzwelt für die Republikaner kampfagnisiert. Die Ausgaben für Romney müssen jetzt als Fehlspekulation verbucht werden. Die von den Bankern betriebene Aushöhlung des sogenannten Dodd-Frank Act zur Regulierung der Märkte ist abgeogen.

Barack Obama kann sich für seine Pläne betreffend höhere Steuern für Reiche jetzt auf ein Mandat des Volkes berufen. Aber die Trendwende geht tiefer: Mit dem Erfolg des Referendums „Proposition 30“ in Kalifornien gaben die Wähler erstmals grünes Licht für Steuererhöhungen, deren Einnahmen nach dem Willen von Gouverneur Jerry Brown direkt in Schulen und Universitäten fließen werden. Diese waren unter dem vorigen konservativen Gouverneur Arnold Schwarzenegger ausgeblutet worden. Genauso wie in

### Erstmals gaben US-Bürger grünes Licht für höhere Steuern, deren Einnahmen in Schulen und Universitäten fließen

Europa wollen die Bürger in Amerika einen Staat, der nicht nur für Arme und Polizei sorgt, sondern auch für Krankenhäuser, Pensionen, Schulen und Universitäten.

So eine befreiende Richtungsentscheidung durch eine Präsidentenwahl fehlt in der EU. Nicht einmal den Budgetstreit, der in Brüssel genauso heftig tobt wie in Washington, D.C., kann man ernst nehmen, macht das EU-Budget doch nur ein Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung aus.

Die Fiskalklippe, vor der die Obama-Administration im Streit mit dem republikanischen Repräsentantenhaus steht, hat in Europa viele Namen: Griechenland, Irland, Portugal, Spanien.

Daniel Cohn-Bendit, grüner Europapolitiker und Vordenker, wünscht sich eine Amerikanisierung des EU-Budgets zur Bündelung der europäischen Politik. Bei der Wahl Roosevelts 1932 betrug das US-Bundesbudget ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts, 1945 waren es sieben, heute sind es 23 Prozent. Wenn alles gutgeht, könnte Europa im nächsten Jahrzehnt auf fünf Prozent kommen, so der unverbesserliche Optimist. Behält Cohn-Bendit recht, müssten irgendwann einmal wohl auch europäische Präsidentenwahlen folgen.

Raimund Löw kommentiert an dieser Stelle aus Brüssel das Weltgeschehen

